



Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 25.9.2008.

■ Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Linksfraktion zum cross-boarder-leasing erläuterte die Verwaltung, dass die in 1999 und 2001 durchgeführten Transaktionen im Bereich der Klärwerke und Kanalanlagen im Volumen von 730 Mio Euro mit Landesbanken abwickelt wurden, für welche nach wie vor Gewährträgerhaftungen gelten, sowie mit amerikanischen Staatspapieren. Für ein von der Rheinbahn in 2002 abgeschlossenes Geschäft von heute noch 866 Mio Euro sind Vertragspartner deutsche Großbanken und Landesbanken mit einem theoretischen Konkursrisiko. Nach objektiver Betrachtung der Situation besteht zur Zeit kein Anlass zur Sorge. Zur Klärung und Einschätzung einzelner Sachverhalte wird eine Rechtsanwaltskanzlei eingeschaltet, wobei die Kosten aus einer bei Vertragsabschluss gebildeten Rückstellung bezahlt werden.

■ Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zu Einbürgerungskursen und –tests erläuterte die Verwaltung, dass sich zu den vier Vorbereitungskursen an der Volkshochschule, die alleiniger Anbieter aufgrund einer Absprache der Innenminister ist, 63 Teilnehmer angemeldet haben. Die Dozenten werden durch das Bundesamt für Migration und Zuwanderung zugelassen. Zum Einbürgerungstest am 7.11. liegen bisher 312 Anmeldungen vor. Es ist geplant, drei Testgruppen à 120 Teilnehmer zu bilden. Die Verwaltung schilderte die vielfältigen Informationsmöglichkeiten im Internet und auf Veranstaltungen sowie die Beratungsangebote im Dienstleistungszentrum. Zu einem Wettbewerb des Ministeriums für Generationen, Familien, Frauen und Integration NRW hat die Stadt eine Projektidee eingereicht, um in Zusammenarbeit mit den Trägern der Integrationsarbeit eine Einbürgerungskampagne durchzuführen.

Aufgrund einer Anfrage der CDU berichtete die Verwaltung, dass 514 Gutscheine für Thermografie-Aufnahmen vergeben wurden. 389 wurden bereits durchgeführt, die restlichen folgen jahreszeitbedingt ab November. Von 222 Befragten erklärten 90 %, dass nun der Sanierungsbedarf eingeschätzt werden könnte. Jeder 2. will innerhalb eines Jahres Sanierungen insbesondere an Dach, Wänden, Fenster und Kellerdecken

durchführen. Die Thermografie-Aktion soll im nächsten Jahr fortgesetzt werden, wobei allerdings der Eigenanteil von 20 Euro erhöht werden soll. Im November soll dem Rat eine Richtlinie zur Förderung der Altbausanierung vorgelegt werden.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90 zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern aus armen Familien bei Einschulung bzw. Umschulung erläuterte die Verwaltung, dass für die rd. 1900 Anspruchsberechtigten (Kinder aus Familien mit Hartz IV-Bezug bzw. Düsselpass-Berechtigung) 50.000 Euro in den Bezirksfonds bereitstehen. Hieraus sind bisher 23.000 Euro abgeflossen, allerdings nicht nur für Schulbeihilfen. Die Verwaltung wies auf die Befreiung von Düsselpassinhabern z. B. bei der Zuzahlung zum Schokoticket und bei Lernmitteln hin und die Reduzierung der Beiträge für die Mittagsverpflegung. Alle Schulen sind über das Angebot des Bezirkssozialdiensts einschl. des Bezirksfonds informiert.

■ Anträge der Fraktionen

Ein Antrag der Linksfraktion, bei Großveranstaltungen zukünftig Behindertentoiletten in ausreichender Zahl bereitzustellen wurde durch CDU, FDP, Krüger abgelehnt.

Der Antrag der Linksfraktion, ab 2009 einen jährlichen Sponsoringbericht zu erarbeiten, wurde von CDU, FDP, SPD, Reichert, Krüger abgelehnt. Ein Änderungsantrag der SPD, zunächst die geltenden Regularien für Spenden und Sponsoring bei der Stadtverwaltung und der Tochtergesellschaften vorzulegen und daraus ein Konzept für einen regelmäßigen Bericht zu erstellen, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Nach Einrichtung der „zentren plus“, in denen qualifizierte Beratungen und Hilfen für Senioren und Seniorinnen angeboten werden, hatte die Verwaltung zwölf Stadtteile identifiziert, in denen Bedarf für zusätzliche Einrichtungen besteht. Der Antrag der SPD, ein Konzept für die Einrichtung von wohnortnahen Dependancen der zentren plus in diesen Stadtteilen zur Vorbereitung auf die Haushaltsberatungen vorzulegen, wurde von CDU und FDP abgelehnt. Gleichwohl wurde mündlich durch die CDU angekündigt, dass man entsprechende Haushaltsanträge stellen wird.

Der Antrag der SPD, die Verwaltung mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zum Bau dezentraler Nahwärmenetze zur Erzeugung von Elektrizität und/oder Wärme am Beispiel eines Stadtquartiers rund um das Augusta-Krankenhaus zu erarbeiten, wurde in den Fachausschuss überwiesen.

Der Antrag von BÜ 90, künftige Ausschreibungen für Papier und Kopfbögen auf der Grundlage der Empfehlungen des Umweltbundesamtes durchzuführen sowie für die Akzeptanz von Recyclingpapier und des Papiersparens in den Ämtern zu werben, wurde gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion, Krüger, Reichert in den Fachausschuss überwiesen.

Eine Resolution der Linksfraktion zum Erhalt öffentlicher Sparkassen wurde von CDU und FDP ohne Begründung abgelehnt, Enthaltung Lemmer.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss gegen Linksfraktion die Teilnahme an der Weltausstellung Expo 2010 in Shanghai. Thema der Expo, zu der 70 Millionen Besucher erwartet werden, ist „Better City, Better Life“. Düsseldorf wird sich in der Gruppe der

„Liveable Cities“ exemplarisch mit dem Medien Hafen und der Rheinuferpromenade vorstellen. Die Kosten belaufen sich auf 2,5 Mio Euro und werden im Rahmen der Haushaltsberatungen je zur Hälfte in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 veranschlagt.

Der Rat nahm von den Planungen zur „Quadriennale 2010 – kunstgegenwärtig“ Kenntnis (Enthaltung Linksfraktion) und beschloss einstimmig, dass der Kulturausschuss über die Verwendung und Verteilung der Mittel entscheidet. Für das Jahr 2008 stehen 80.000 Euro für Werbe- und Marketingmaßnahmen zur Verfügung, für 2009 sind 0,5 Mio Euro eingeplant, für 2010 4,5 Mio. Außerdem stehen noch Restmittel in Höhe von 0,3 Mio aus der Quadriennale 2006 bereit. Die Entscheidung, ob zur Durchführung der Quadriennale eine GmbH gegründet wird, wurde auf Antrag der FDP vertragen.

Der Rat beschloss die Durchführung der Veranstaltung „Fest der Begegnung 2008 der Stiftung Deutsche Sporthilfe“ mit Kosten in Höhe von bis zu 105.000 Euro. Mit zusätzlichen 65.000 Euro wird sich das Land an der Veranstaltung beteiligen. Zur Veranstaltung gehört die Ehrung „Juniorsportler des Jahres“ sowie eine Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Deutsche Sporthilfe (einstimmig).

Der Rat beschloss einstimmig, den Schulnamen des Städtischen Cecilien-Gymnasiums um den Zusatz „Europaschule“ zu ergänzen. Der Rat beschloss einstimmig die Auflösung der Katholischen Grundschule Färberstraße zum 31.7.2009. Die aktuell 32 Kinder der 2. bis 4. Klasse besuchen gemeinsam eine Lerngruppe.

Der Rat beschloss einstimmig eine Benutzungsordnung für das Bürgerhaus Bilker Arcaden. Bürgersaal, Cafeteria, Mehrzweckraum und zwei Gruppenräume können als öffentliche Begegnungsstätte genutzt werden.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion und Lemmer neue Taxitarife. Die Grundgebühr von 5,50 Euro beinhaltet das Beförderungsentgelt für die ersten beiden Kilometer. Jeder weitere Kilometer kostet 1,70 Euro (bei Tag und Nacht). Für Fahrten zwischen Flughafen und Messe wird ein Pauschalpreis von 13 Euro eingeführt. Für Großraumtaxen wird weiterhin ein Zuschlag von 3 Euro berechnet. Ein Ergänzungsantrag der SPD, die Taxiinnung zu bitten, bei der Beförderung von Familien mit Kindern auf den Großraumtaxizuschlag zu verzichten, wurde von CDU, FDP, BÜ 90 Krüger bei Enthaltung der Linksfraktion abgelehnt.

Der Rat beschloss einstimmig eine neue Entgeltordnung des Garten- Friedhof- und Forstamtes. Sie betrifft hauptsächlich Veränderungen an den Gebühren für die Nutzung öffentlicher Grünflächen. Außerdem wurden die Gebühren für Dauergrabpflege gestrichen, da diese Leistung nicht mehr von der Stadt angeboten wird.

■ Personalien

Der Rat verlieh einstimmig den Kunstpreis für das Jahr 2008 an die Künstlerin Rosemarie Trockel.

Der Rat wählte einstimmig Mitglieder in den Ausschuss des Deichverbandes „Neue Deichschau Heerdt“.

Der Rat ersetzte (einstimmig) ausgeschiedene Ratsmitglieder im Wahlprüfungsausschuss, entsandte Oberbürgermeister Elbers in das Kuratorium NRW Forum Kultur und Wirtschaft, die Aufsichtsräte der Deutschen Oper, des Schauspielhauses, der Stadtwerke und empfahl dem Ministerpräsidenten, den Oberbürgermeister in das Kuratorium der Stiftung Kunstsammlung NRW zu bestellen. Der Rat genehmigte einen Dringlichkeitsbeschluss bezüglich der Nachfolge von Herrn Erwin im Regionalrat und regelte die Nachfolge in den Aufsichtsräten der Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf mbH, der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG und der DüsseldorfCongress VeranstaltungsgmbH sowie der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Unterbacher See.

Der Rat beschloss einstimmig die Wiederwahl von Schiedspersonen: Frau Gertrud Krug für den Bezirk Derendorf und Golzheim und Herrn Klaus Heyer für den Bezirk Grafenberg, Ludenberg und Hubbelrath.

■ Investitionen

Der Rat beschloss,

- für die Erschließung eines Baufeldes mit 12 Einfamilienhäusern im Neubaugebiet Auf'm Wettsche weitere 365.000 Euro bereitzustellen (Enthaltung Reichert);
- für den Ausbau der Himmelgeister Straße im Zusammenhang mit der Erschließung des Wohnparks Flehe weitere 324.000 Euro bereitzustellen (einstimmig);
- den Umbau der Bezirkssportanlage Karl-Hohmann-Str. 70. Es wird eine neue Kunststofflaufbahn errichtet sowie eine Weit- und Dreisprunganlage, eine Hochsprunganlage, eine Speerwurfanlage sowie zwei Streetbasketballanlagen. Der Rasenplatz wird saniert. Das Kunststoff-Kleinspielfeld wird in ein Rasenfeld umgebaut, das für Kindermannschaften geeignet ist. Die Kosten belaufen sich auf rd. 1,2 Mio Euro (einstimmig);
- den Neubau einer Einfach-Sporthalle mit Räumlichkeiten für die Offene Ganztagschule und einer Hausmeisterwohnung am Schulstandort Kamper Weg 281 mit Gesamtkosten von 3,2 Mio Euro (einstimmig);
- den Neubau einer Dreifach-Sporthalle im Rather Waldstadion mit Gesamtkosten von 7,5 Mio Euro. Für Inlinehockey wird der Doppelschwingboden verstärkt. Außerdem wird ein Bandensystem für Hockey und Fußball eingeplant. Zusätzlich werden ein Krafraum und ein Gymnastikraum eingerichtet. Zusätzliche sechs Umkleiden sind für den Außensport vorgesehen (einstimmig);
- den 1. Bauabschnitt der Sanierung der Feuerwache Frankfurter Straße mit Kosten von 0,7 Mio Euro (einstimmig);
- die Sanierung des Hochwasserschutzdeiches Kaiserswerth zwischen der alten Pumpstation und der Arnheimer Straße. Zu den Gesamtkosten von 4,7 Mio wird ein Landeszuschuss in Höhe von 3,8 Mio erwartet (einstimmig);
- die Erweiterung der Kühlzelle im Krematorium des Friedhofs Stoffeln mit Gesamtkosten von 0,9 Mio Euro (einstimmig);
- die Erneuerung der Ufermauer an der Itter in Benrath mit Gesamtkosten von 1,6 Mio Euro (einstimmig);
- den Neubau von Mehrzweckräumen und Räumlichkeiten für die Offene Ganztagschule an der Gemeinschaftsgrundschule Am Mergelsberg (Knittkuhl) mit Gesamtkosten von 1,8 Mio Euro. Die Baumaßnahme umfasst drei Mehrzweckräume, vier Gruppenräume, eine Mensa nebst Küche und einen Betreuerraum. Es wird ein Landeszuschuss in Höhe von 345.000 Euro erwartet;

ein Ergänzungsantrag der Linksfraktion, mitzuteilen, an welchen Standorten des Stadtbezirk 7 barrierefreie Schulen innerhalb welchen Zeitraumes angeboten werden, wurde von CDU und FDP abgelehnt;

- den Erweiterungsbau an der Jugendfreizeiteinrichtung Kamper Straße für die Offene Ganztagschule an der Adolf-Klarenbach-Schule mit Gesamtkosten von 1,3 Mio Euro. Es wird ein Landeszuschuss in Höhe von 345.000 Euro erwartet (einstimmig);
- den Ersatzneubau des Spielhauses auf dem Abenteuerspielplatz Eller mit Gesamtkosten von 0,5 Mio Euro (einstimmig);
- den Umbau der Kreuzung Vöklinger Straße/Plockstraße mit „Überflieger“ (einspuriger Linksabbieger über eine Brücke), Gesamtkosten 7,7 Mio Euro, davon erwarteter Zuschuss 4,1 Mio (Enthaltung Linksfraktion);
- den Umbau der Kreuzung Vöklinger Straße/Fährstraße mit Gesamtkosten von 3,1 Mio Euro, davon erwarteter Zuschuss 1,7 Mio (Enthaltung Linksfraktion).

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- des Umbaus der Bezirkssportanlage Pariser Straße. Das Tennen-Großspielfeld soll in Kunstrasen umgebaut werden. Ferner soll ein neues Kunstrasen-Kleinspielfeld errichtet werden, da auf dem jetzigen Bambiniplatz der Bau einer Boulehalle geplant ist. Es wird mit Baukosten von 0,75 Mio Euro gerechnet (einstimmig);
- des 2. Bauabschnitts der Sanierung der Oper mit voraussichtlichen Kosten von 1,6 Mio Euro. Die Maßnahme umfasst Fassadenarbeiten, Austausch von Fenstern, Sanierung der denkmalgeschützten Stahleinfriedungen zum Hofgarten und Akustikmaßnahmen (Enthaltung Lemmer, Reichert).

■ Baurecht

Der Rat beschloss

- eine Veränderungssperre für ein Gebiet beiderseits des Vogelsanger Weges zwischen dem Nördlichen Zubringer und den Gleisanlagen der Deutschen Bahn. Das ursprünglich für eine Werkserweiterung von Daimler vorgesehene Gelände soll als Gewerbegebiet entwickelt werden, wobei entlang des Nördlichen Zubringers eine höher geschossige Bebauung entstehen soll. Durch die Veränderungssperre soll die Ansiedlung eines so genannten Saunaclubs verhindert werden (einstimmig);
- den Bebauungsplan „An der Piwipp“ (Unterrath). Auf einem ehemals durch die Stadtwerke genutzten Grundstück sind drei- bis viergeschossige Baukörper sowie dreigeschossige Reihenhäuser mit insgesamt ca. 65 Wohneinheiten geplant. Das Wohngebiet soll mittels Erdwärme versorgt werden, unterstützt durch eine aus dunklen Steinen zu errichtende Klimawand von 4,5 m Höhe. Um eine Renaturierung des Kittelbaches zu ermöglichen, wird eine entsprechende Fläche gesichert. In einer Grünanlage ist ein Kinderspielplatz vorgesehen. Ein Quartiersplatz in Privateigentum soll teilweise mit Wasserflächen gestaltet werden (einstimmig);
- die Flächennutzungsplanänderung Kö-Bogen. Auf den bisherigen Verkehrsflächen für Straßenbahnen und Busse auf dem Jan-Wellem-Platz sollen Kerngebietsflächen und Grünflächen geschaffen werden. Die Hofgartenstraße soll in einen Tunnel verlegt werden (1. Bauabschnitt). Südlich des Drei-Scheiben-Hauses wird Kerngebiet dargestellt, wobei die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel erwünscht ist. Auch im Bereich der Hochstraße, deren Abriss

vorgesehen ist, und Berliner Allee sind kerngebietstypische Baumöglichkeiten vorgesehen, wobei über Größe und Stellung der Gebäude im Zuge der Aufstellung eines Bebauungsplanes (2. Bauabschnitt) entschieden wird. Der Nord-Süd-Tunnel (Bauzeit zwischen 2010 und 2013) beginnt in Höhe des Theatermuseums und endet in Höhe des Martin-Luther-Platzes bzw. in Höhe der Klosterstraße. Die Bushaltestellen werden vom Jan-Wellem-Platz auf den rechten Fahrstreifen der Heinrich-Heine-Allee nördlich der Oper verlegt. An der Berliner Allee soll im Bereich der Immermannstraße eine zusätzliche Bushaltestelle eingerichtet werden. Für die bereits im 1. Bauabschnitt entfallende Jägerhofpassage muss noch eine Ersatzverbindung zwischen den Hofgartenbereichen gesucht werden. Nach Fertigstellung des Nord-Süd-Tunnels muss die weiterhin oberirdisch verlaufende Straßenbahntrasse gequert werden. Im Zuge des Verkehrskonzeptes müssen 32 Kreuzungen und Signalanlagen angepasst werden (gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion).

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de